

USA

LUKAS LINGENTHAL

September 2007

www.kas.de/usawww.kas.de

Neue Zahlen zur Armutsstatistik in den USA

Am 28. August 2007 veröffentlichte das Census Bureau in Washington die neuen Zahlen zu Einkommensniveau, Armutsrate und Krankenversicherten im Jahr 2006. Das Einkommensniveau stieg leicht an, die Armutsrate sank um wenige Stellen hinter dem Komma.

Nach wie vor sehr hoch ist die Zahl der unter 18 Jährigen, die unter der Armutsgrenze leben. Das derzeitige Niveau liegt bei 17,4 Prozent (ca. 12,8 Mio.), während es bei der Gesamtbevölkerung bei 12,3 Prozent (ca. 36,5 Mio.) liegt. Positiv indes ist der Trend bei den über 65 Jährigen, bei denen der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden in den letzten Jahren stark abgenommen hat. Indes zugenommen hat die Zahl der Amerikaner, die nicht krankenversichert sind.

15,8 Prozent aller Amerikaner – das sind etwa 47 Millionen – haben keinen Versicherungsschutz. Unter den Kindern sind es 11,7 Prozent, was einer Zunahme von fast einem Prozentpunkt im Vergleich zum Vorjahr (10,9 Prozent) entspricht.

Die Brookings Institution und das Center on Children & Families luden zu diesem Anlass zu einem Vortrag des Bürgermeisters von New York, Michael Bloomberg, dessen mögliche Kandidatur als unabhängiger Präsidentschaftskandidat derzeit viele Spekulationen anheizt. Bloomberg selbst mied es, dieses Thema anzusprechen und gab auch im anschließenden Pressegespräch den fragenden Journalisten die knappe Antwort, dass er vorhabe, sein Amt als Bürgermeister ordentlich zu Ende zu führen und nicht für das Präsidentenamt kandidieren werde. Doch war er nicht darin zurückhaltend, aufzuzeigen, was er in New York bisher in Sachen Armutsbekämpfung und Bildung er-

reicht hat und klare Statements zu diesen beiden Themen und zur Einwanderungspolitik abzugeben - was seinem Vortrag einen kleinen Beigeschmack von Wahlkampfrede verlieh. So stieg er gleich in das Thema Armutsbekämpfung durch verbesserte Bildung ein. Er selbst sei ein Produkt öffentlicher Schulen und wisse daher, wie wichtig es sei, nicht immer nur mehr Geld ins Bildungssystem zu pumpen, sondern auch Qualität als Gegenleistung zu fordern. In New York werde nun jede Schule von unabhängigen Experten begutachtet und den Eltern der Schüler das Ergebnis schriftlich mitgeteilt, so dass sie entscheiden könnten, ob ihr Kind an der Schule bleiben oder wechseln solle. Leistungsdruck auf Schulen, Lehrer und Schüler auszuüben habe sich in den letzten Jahren in New York ausgezahlt, was sich im besseren Notendurchschnitt und in der steigenden Zahl von Schulabschlüssen widerspiegeln.

Weiter stellte Bloomberg ein Pilotprojekt vor, welches ab September in New York für zunächst zwei Jahre laufen soll. Angelehnt an das „Oportunidades“ (früher: „Progres“) Programm, welches u.a. in Mexiko seit 1997 sehr erfolgreich zur Armutsbekämpfung beiträgt, nennt Bloomberg es „Opportunity NYC“. Schülern, Studenten und Arbeitern soll mit Prämien, die bar ausgezahlt werden, ein Anreiz geschaffen werden, gute Noten zu schreiben, einen Bildungsabschluss zu erlangen und Ganztzeitjobs anzunehmen. Als Kapitalist, der er sei, sehe er diese Prämien als eine Investition, die sich auszahle, wenn dadurch die Armut gesenkt werden könne. Er wisse nur zu gut, dass durch finanzielle Anreize Menschen bereit seien, härter und besser zu arbeiten.

Zusätzlich zu „Opportunity NYC“ kündigte Bloomberg an, das „beste Anti-Armuts-Instrument“ zu reformieren, was es derzeit in den USA gebe, den EITC (Earned Income Tax Credit). Hiermit werden Geringverdiener durch Steuererlass oder Geldzuschüsse von einem Teil ihrer Steuerlast befreit. Bloomberg legte ein Papier mit den Punkten vor, die zu ändern er vorhabe. Dazu zählen u.a. die Heraufsetzung der maximalen Einkommensgrenze bei Alleinstehenden von 12.000 auf 18.000 USD und gleichzeitig die Herabsetzung der Altersgrenze von 25 auf 21 Jahre, um am EITC Programm teilnehmen zu können. Auch sollen Familien mit Kindern mehr Unterstützung erhalten während Väter, die keinen Unterhalt zahlen, ausgeschlossen werden sollen. Das Konzept Bloombergs sieht weiter eine Mindestarbeitszeit von 26 Wochen pro Jahr vor, um sich für den EITC zu qualifizieren. Bloomberg sagte, dass man mit diesen Änderungen erst das ganze Potenzial der EITC ausschöpfen und die Armut in den USA somit besser bekämpfen könne. Er betonte, dass er diese Änderung nur in New York durchführen könne, dass sich andere Staaten jedoch gerne anschließen können, zumal der EITC keinen Streitpunkt zwischen den politischen Lagern darstelle. Seinen Kritikern entgegnete er, dass er so wenigstens versuche, etwas an der aktuellen Situation zu ändern und man nur durch versuchen klüger werde. Nichts zu unternehmen sei von allen Optionen die schlechteste, so Bloomberg.

Auch das Thema Einwanderung sprach New Yorks Bürgermeister an. Ohne Einwanderung könne die amerikanische Wirtschaft ihre Stärke nicht halten. Amerikas Wirtschaft sei schon seit jeher von Einwanderung geprägt und ohne diese fehle ihr eine wichtige Ressource. Gleichzeitig betonte er, dass es wichtig sei, die Einwanderung zu kontrollieren. Außerdem müssten Immigranten bestimmte Voraussetzungen erfüllen, so zum Beispiel die Beherrschung der englischen Sprache.

Zustimmung erhielt Bloomberg im Anschluss von Rebecca Blank, stellvertretende Leiterin des National Poverty Center, und Gary Burtless von der Brookings Institution,

die beide das Krankenversicherungsproblem hervorhoben und darauf hinwiesen, dass dies der alarmierendste Trend der neu veröffentlichten Statistik sei. Seit zwei Jahren schon, so Blank, nehme die Zahl der Versicherten kontinuierlich ab. Ansonsten sehe sie keine großen Überraschungen in den neuen Zahlen.

Robert George, Journalist der New York Post zitierte Rudolph Giuliani, der während seiner Amtszeit als Bürgermeister New Yorks gesagt hatte, dass New York als Trendmesser der USA gelten könne. Giuliani bezog sich damals auf die sinkende Kriminalitätsrate. George sei nun gespannt, ob dieser Satz auch auf die EITC-Reform und die Armutsbekämpfung zutreffen werde.

Wade Horn, Leiter von Deloitte Consulting LLP und Wohlfahrtsexperte, hob noch einmal hervor, dass ein funktionierender Familienverband ein wichtiger Faktor bei der Armutsbekämpfung sei und er daher jede Form von Familienförderung unterstütze.